

## Presseinformation zur Umsetzung der KMK-Vereinbarung zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs nach den Weihnachtsferien in Schleswig-Holstein

**Die GGG ist besorgt wegen der mit der Wiederaufnahme des Unterrichts für die Gemeinschaftsschulen verbundenen Belastungen und hält weitere Anpassungen und Maßnahmen für zwingend erforderlich.**

Vor dem Hintergrund der Pandemieentwicklung in Schleswig-Holstein und der Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz sowie derjenigen der Ministerpräsident\*innen der Länder hat das Bildungsministerium Maßnahmen getroffen, die sowohl die weitere Ausbreitung des Corona-Virus unterbinden als auch den jetzigen Bedürfnissen unserer Schüler\*innen Rechnung tragen sollen. Uns ist bewusst, dass es sich dabei im Spannungsfeld zwischen Gesundheitsschutz einerseits und dem Bildungsrecht sowie Kindeswohl andererseits nur um eine Kompromisslösung handeln kann, die mit Härten für alle Betroffenen, Eltern, Schüler\*innen und Lehrkräfte, verbunden ist.

Dennoch ist es richtig,

- das Ziel einer Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts für alle vorrangig anzustreben,
- eine Notbetreuung in strengen Kohorten für die Jahrgänge 1-6 vorzusehen,
- Betreuungsangebote an Förderzentren und für Schüler\*innen, für die solche Angebote unter Kindeswohlaspekten erforderlich sind, anzubieten,
- Räume für Arbeitsmöglichkeiten zum Distanzlernen in den Schulen für die Schüler\*innen einzurichten, die zu Hause dazu keine passenden Rahmenbedingungen haben.

Wir begrüßen auch, dass die Ministerin endlich anerkennt, dass es nicht darum geht, eine Alternative für den normalen Präsenzunterricht zu schaffen, sondern darum, die Schäden so gering wie möglich zu halten.

Die mit den getroffenen Maßnahmen von den Gemeinschaftsschulen zu leistenden Aufgaben sind gewaltig und in dieser Komplexität unerfüllbar. Dazu gehören neben großen organisatorischen Herausforderungen

- die Umsetzung eines qualitativ hochwertigen Distanzlernangebotes,
- die Betreuung von zwei bzw. drei Abschlussjahrgängen gegenüber nur einem an den Gymnasien,
- die Weiterentwicklung der digitalen Lernmöglichkeiten,
- die Berücksichtigung der Hygieneerfordernisse,

- die Umsetzung einer angemessenen, den Schüler\*innen gerecht werdenden Leistungsbewertung unter den erschwerten Bedingungen,
- der erhöhte zeitliche Aufwand für die Parallelität von Präsenzlernphasen z.B. in den Abschlussklassen zusammen mit der zeitgleichen Betreuung im Distanzlernen,
- eine erforderliche flexible Reaktion auf eine sich verändernde Pandemieentwicklung in der Region insbesondere nach einer wünschenswerten Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts im Februar, usw.

Für all dies brauchen die Schulen Freiräume für die Umsetzung schuleigener Konzepte und Maßnahmen, Mitsprache, Unterstützung und Ressourcen.

In diesem Zusammenhang fordern wir:

- Eine institutionell eingerichtete Beteiligung von Lehrkräften, Eltern und Schüler\*innen an zu treffenden Entscheidungen, und das von Anfang an,
- verlässliche Rahmenbedingungen, zum Beispiel in Form einer Corona-Ampel, unter denen Schulen im Zusammenwirken mit den Schulträgern auf sich verändernde Pandemiebedingungen regional spezifisch reagieren und handeln können,
- an den eingeschränkten Lernmöglichkeiten orientierte Vorgaben für die Lerninhalte und Prüfungsanforderungen,
- eine Veränderung der vorgesehenen Vorbereitungen auf die Abschlussprüfungen bzw. ein Aussetzen von Abschlussprüfungen. Diese dürfen die grundsätzlichen Ziele der Schulschließungen nicht konterkarieren. Infektionsschutz muss zwingend gewährleistet und in der aktuellen Phase vorrangig sein. Ein ganztägiger Unterricht nach Stundenplan entsprechend der Stundentafel auch in aufgeteilten Lerngruppen kann katastrophale Auswirkungen haben. Wir schlagen vor, über den Verzicht auf Prüfungen für den ESA und den MSA nachzudenken und die Abschlüsse ggf. ohne Prüfungen zu erteilen.
- dass Zeugnisse und Prüfungen dieses Schuljahres keine negativen Konsequenzen haben dürfen. D.h. Prüfungen, die nicht bestanden werden, werden nicht gezählt, auf Sitzenbleiben und Abschlüssen am Ende des Schuljahres wird verzichtet, Wiederholungen einer Klassenstufe sind freiwillig und lediglich auf Antrag möglich,
- die Bereitstellung ausreichender Ressourcen insbesondere auch für die Milderung von Bildungsbenachteiligungen.

Bleiben wir mit den Worten unserer Bildungsministerin dennoch optimistisch: „Dieses Schuljahr ist außergewöhnlich in der Geschichte unseres Landes. Aber es ist nicht das erste außergewöhnliche Schuljahr und es wird nicht das letzte sein. Und immer haben junge Menschen ihren Lebensweg gefunden.“ (Zitat aus einem Schreiben vom 6.1.2021) Bleiben wir aber auch realistisch. Die im Zusammenhang mit der Pandemie erneut deutlich gewordene Bildungsgerechtigkeit sozioökonomisch benachteiligter Schüler\*innen muss endlich ein Ende finden. Vorrangiges Ziel der Bildungspolitik muss es ab sofort sein, dazu geeignete Bildungsangebote und Bildungsstrukturen zu schaffen sowie verlagerte Schwerpunktsetzungen in Bezug auf die Verteilung von Ressourcen vorzunehmen.

Dieter Zielinski  
 10.1.2021